

Die Bewerber  
um den Berner Ständeratssitz Seite 12Sprachregionale  
Verbundenheit Seite 13Abstimmungskampf  
ohne Kämpfer Seite 13Grenzüberschreitende  
Kooperation der Polizei Seite 15

# Bei Öko-Technik weltweit an der Spitze sein

Masterplan Cleantech des Bundesrats – auch steuerliche Instrumente und neue Produkte-Labels als Anreize

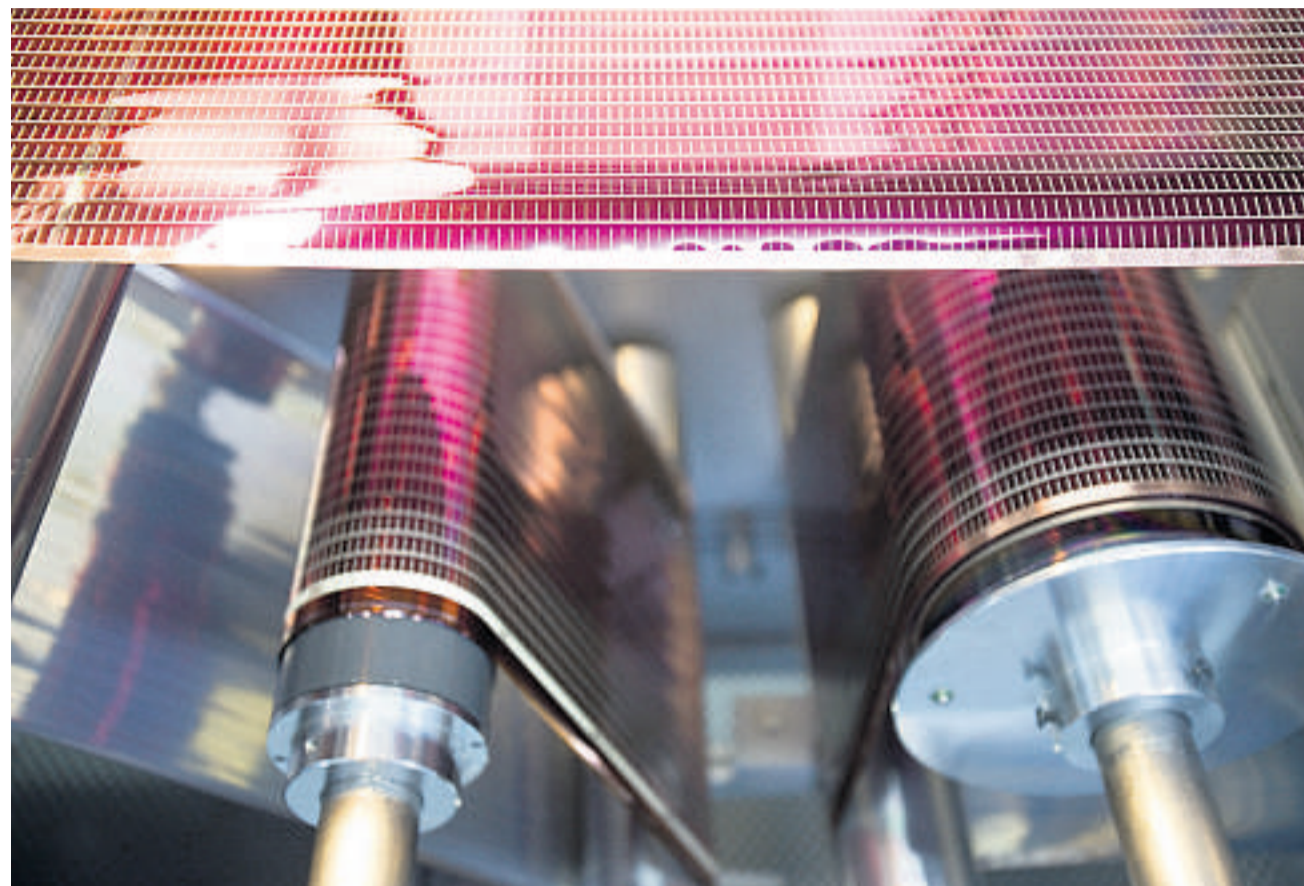
Die Schweiz soll im Bereich Cleantech führend sein, so der Bund. Die «saubere Technik» ist derweil auch ein Feld politischer Auseinandersetzungen.

Davide Scruzzi, Bern

Der Bundesrat hat einen umfassenden Masterplan Cleantech beschlossen. Die Wirtschaft soll grüner und nachhaltiger werden. Exporte von Erzeugnissen und Dienstleistungen aus diesem Sektor sollen neue Arbeitsplätze schaffen. Gleich zwei Bundesräte haben das Vorhaben am Dienstag den Medien vorgestellt: Der abtretende Moritz Leuenberger hat als bisheriger Energie- und Umweltminister lange für ähnliche Anliegen gekämpft, Bundespräsidentin Doris Leuthard hat den neuen Masterplan als Chef des Volkswirtschaftsdepartements massgebend vorangetrieben und wird sich als neue Umwelt- und Energieministerin weiter mit dem Thema beschäftigen. Leuenberger meinte, er könne den Stab vertrauensvoll an Leuthard übergeben. Beide teilen die Ansicht, die Schweiz habe seit den 1990er Jahren mit dem Nein zu Lenkungsabgaben wie dem Solarrappen bei den ökologischen Technologien an Terrain verloren.

## Auf breiter Front

Mit der kostendeckenden Einspeisevergütung für Ökostrom, aber auch mit Koordinationsplattformen sind bereits verschiedene Anstrengungen unternommen worden. In den nächsten zehn Jahren sollen Wissenschaft und Ausbildungsmöglichkeiten, aber auch der Wissenstransfer zu KMU gestärkt werden. Die Schweiz soll führend in der Produktion und im Einsatz von Cleantech-Erzeugnissen und -Dienstleistungen sein; diese müssten international zum Markenzeichen der Schweiz werden. Neben dem Bruttoinlandsprodukt sollen zunehmend auch ökologische Faktoren berücksichtigt werden. Im Steuersystem sollen «falsche Anreize» verschwinden,



Produktion von flexiblen Solarzellen in einem Unternehmen in Yverdon – «saubere Technik» als Exportartikel. GAETAN BALLY / KEYSTONE

etwa höhere Abzüge für Autopendler. Betont wurde die Wichtigkeit von Lenkungsabgaben wie die Kohlendioxid-Abgabe oder die LSWA. Die Konsumenten sollen mit neuen Produkteangaben bei der Wahl von ökologisch besseren Erzeugnissen unterstützt werden – Leuenberger nannte als Beispiel die Darlegung der Ökobilanz von Tessiner Merlot gegenüber Weinen aus Übersee. Allerdings räumte der Uvek-Chef ein, dass sich etwa bei der Auto-Effizienzetikette jüngst Reformen als schwierig erwiesen hätten – Doris Leuthard beklagte die ewige Liebe vieler Männer zu grossen Autos.

Die ausführliche Version des Masterplans soll Anfang November präsentiert werden, um dann in die Anhörung zu

gehen. Dem Cleantech-Bereich werden hierzulande heute rund 160 000 Beschäftigte zugerechnet, die knapp 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts generieren. Am Beispiel der Gebäudesanierungen könne man erkennen, wie staatliche Anschubfinanzierungen erfreuliche Investitionen Privater auslösen könnten, sagte Doris Leuthard.

## Wichtiges Polit-Thema

Der Staat müsse Anreize setzen und Organisationsaufgaben übernehmen, nicht aber einfach neue Subventionstöpfe einrichten, so die Ansicht von Leuthard mit Blick auf die Cleantech-Initiative der SP, die einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien

will. – Andere Parteien sind dazu auch aktiv. Die Grünen arbeiten an einer eigenen Volksinitiative, die Parteileitung der Grünliberalen erwägt die Lancierung einer Initiative für einen ökologischen Umbau des Steuersystems. Die Wirtschaftsverbände befassen sich ebenfalls mit dem Thema. Am Freitag hat die Vereinigung Swissecleantech ihre Forderungen präsentiert. Economiesuisse lobt die Stossrichtung des Bundes, warnt aber davor, die Wirtschaft in Gut und Böse aufzuteilen. Benachteiligungen energieintensiver Branchen (etwa Zement) könnten zu ökologisch unsinnigen Produktionsverlagerungen führen, so Dominique Reber von Economiesuisse. Der Dachverband erarbeitet einen eigenen Cleantech-Bericht.

## Verführerische grüne Gebote

Cleantech birgt Konfliktpotenzia

dsc. · Der Bundesrat liegt mit seinem Programm für eine «saubere» Technik im Trend. Die Schonung der Ressourcen wird allenthalben gefordert – zu Recht, denn die fossilen Energieträger sind endlich, und das Klimaproblem darf nicht ignoriert werden. Eine Alternative zu linken Maximalforderungen macht sich zudem gut – die SP etwa peilt mit der Cleantech-Initiative eine teure Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 50 Prozent an.

Bei der Umsetzung des Masterplans Cleantech kann Bundesrätin Doris Leuthard aber rasch aufs Glatteis geraten. Gegen gezielte Forschungs- und Bildungsförderungen, gegen Exportunterstützung ist wenig einzuwenden. Zu einem Seilziehen können indes übermässige Effizienzforderungen durch neue Steueranreize führen, die traditionelle Industrien benachteiligen. Grundsätzlich ist zu fragen, warum die jetzigen ökonomischen und gesellschaftlichen Signale für mehr Innovation nicht ausreichen. Wo braucht es wirklich noch Gebote aus der Bundesverwaltung?

Wer das verführerische Wort Cleantech in den Mund nimmt, meint allzu oft Partikularinteressen einzelner Branchen oder glaubt an einen Staat, der Innovation punktgenau steuern kann. Trügerisch ist der Blick ins Ausland. Der Boom bei den erneuerbaren Energien in Deutschland beispielsweise ist gar nicht nachahmenswert, sondern demonstriert vielmehr die Probleme und Milliarden-Kosten einer zu wenig auf Effizienz ausgerichteten Subventionspolitik. Erfreulich ist deshalb das Versprechen Leuthards, auf neue Subventionstöpfe verzichten zu wollen. Tatsächlich sind Ansätze für einen Cleantech-Diskurs wünschenswert, der frei ist von rot-grüner Verbots- und Subventions-Rhetorik. Die neue Energie- und Umweltministerin Doris Leuthard ist für die dazu nötige Zusammenarbeit mit der Wirtschaft besser geeignet als der bisherige Departementschef.

## Kreuz statt Kruzifix als Lösung in Triengen?

Debatte im Kanton Luzern um das Aufhängen von Kreuzen in Schulzimmern

Vielleicht geht die Auseinandersetzung um das Aufhängen von Kreuzen in Schulzimmern im Kanton Luzern weiter. Die Behörden der Gemeinde Triengen werden möglicherweise Kreuze statt Kruzifixe aufhängen lassen.

Martin Merki, Luzern

Seit ein paar Tagen gibt es im Kanton Luzern eine Debatte um das Aufhängen von Kreuzen in Volksschulen. Ausgangspunkt ist ein Streit in der Gemeinde Triengen, wo der Vater zweier Kinder Anstoss an Kruzifixen in Schulzimmern nahm und unter Berufung auf das Bundesgerichtsurteil von 1990 verlangte, dass die Kruzifixe abgehängt werden. Nach dem Urteil des höchsten Gerichts verstossen Kruzifixe in Schulzimmern gegen die religiöse Neutralität. Die Schulleitung wollte zuerst die Kruzifixe nicht abnehmen, weil diese zur abendländischen Kultur der Schweiz gehörten. Schulpflege und Gemeinderat stützten diese Auffassung.

## Kruzifixe abgehängt

Dann änderte die Schulpflege ihre Haltung auf Anraten der kantonalen Dienststelle für Volksschulbildung und beschloss, dass die Kruzifixe abgehängt

werden sollen. Am Montag, also mit dem Wiederbeginn der Schule nach den Herbstferien, schien der Kruzifix-Streit in der Gemeinde Triengen (Luzern) damit fürs Erste beigelegt. Doch eine Fortsetzung zeichnet sich ab. In einer Medienkonferenz will der Gemeinderat am Mittwoch eine Reaktion auf das Abhängen der Kruzifixe und einen Entscheid in der Sache bekanntgeben. Wie dieser konkret aussehen wird, ist zwar noch offen. Doch könnten sich die Gemeindebehörden, so wird gemunkelt, dafür einsetzen, dass Kreuze statt Kruzifixe aufgehängt werden.

«Das Bundesgerichtsurteil bezieht sich auf Kruzifixe, also auf Kreuze mit dem gekreuzigten Jesus, und nicht auf Kreuze. Dies ist ein bedeutender Unterschied: Kreuze dürfen weiterhin in Schulzimmern hängen.» Mit diesen Worten äusserte sich am letzten Samstag die CVP des Kantons Luzern in einer ausführlichen Medienmitteilung. Zudem beschränke sich das bundesrichterliche Urteil auf Schulzimmer, argumentierte die grösste Partei im Kanton Luzern. Kruzifixe sollten im Weiteren nicht «in vorausweisendem Gehorsam» aus den Schulzimmern entfernt werden. Komme es zum Rechtsstreit, sei «im äussersten Fall das Kruzifix durch ein Kreuz zu ersetzen».

Auch im Kanton Wallis sorgt ein Streit um das Kruzifix im Schulzimmer für Aufsehen. In der Gemeinde Stalden

wurde einem Lehrer der Oberstufe gekündigt, nachdem sich dieser geweigert hatte, in seinem Schulzimmer das Kruzifix aufzuhängen. Begründet wurde die fristlose Kündigung damit, dass das Vertrauensverhältnis zwischen dem Lehrer und der Behörde nicht mehr gegeben sei. Dem Entscheid zur fristlosen Kündigung hat der Regionalrat, ein Gemeindeverband, die aufschiebende Wirkung entzogen. Gegen den Entzug der aufschiebenden Wirkung und die in seinen Augen willkürliche Kündigung setzt sich der Lehrer derzeit mit juristischen Mitteln zur Wehr.

## Walliser Regierung entscheidet

Deshalb muss der Walliser Staatsrat darüber befinden, ob die aufschiebende Wirkung gewährt wird oder nicht. In früheren Fällen sei bei der fristlosen Entlassung von Lehrern jeweils die aufschiebende Wirkung nicht gewährt worden, sofern das Vertrauensverhältnis nicht mehr gegeben gewesen sei und sofern eine weitere Zusammenarbeit nicht mehr im öffentlichen Interesse der Schule gewesen sei, präzisiert das Walliser Erziehungsdepartement auf Anfrage. Die Chancen dürften damit eher klein sein, dass der Lehrer in kurzer Zeit wieder vor seine Klasse steht. Im Weiteren hat der Lehrer die Möglichkeit, innert dreissig Tagen beim Staatsrat Beschwerde gegen seine Kündigung einzureichen.

## Marionetten-Tanz bei Alstom

Die schweizerische Geschäftsleitung wird übergangen

nj. · Am Dienstag haben sich der europäische Betriebsrat der Alstom sowie die europäische Konzernspitze aus Paris erneut in Baden eingefunden, um das am 4. Oktober geplante Treffen nachzuholen (NZZ 13. 10. 10). Anwesend waren als einzige Schweizer Vertreter Martin Leeser und Jürg Baumgartner, die für die schweizerischen Arbeitnehmer die Rechte auf europäischer Ebene im Betriebsrat wahrnehmen. Nicht eingeladen war die Geschäftsleitung von Alstom Schweiz, wie der Personalchef Walter Hiltbrunner auf Anfrage bestätigte.

An dem Treffen präsentierte die Konzernspitze spärliche Informationen über den weiteren Verlauf der Reorganisation bei Alstom. «Wir wissen noch immer nicht, welche Sparte mit wie vielen Arbeitsplätzen genau betroffen sein wird», sagte Martin Leeser, Mitglied des europäischen Betriebsrats und Präsident der Personalvertretung von Alstom. Die entscheidenden Informationen, um das Konsultationsverfahren einzuleiten, seien nach wie vor nicht bekanntgegeben worden. Der Betriebsrat werde nun eine Arbeitsgruppe bilden und dem Konzern im November einen Fragenkatalog vorlegen. Man hofft, dann endlich informiert zu werden, wer konkret vom angekündigten Stellenabbau betroffen sein wird, damit Massnahmen eingeleitet werden können.

In dieses Treffen setzten besonders auch die schweizerischen Arbeitneh-

mervetreter und Sozialpartner grosse Hoffnungen. Ihnen und der Schweizer Geschäftsleitung wird Martin Leeser die Ergebnisse der Sitzung am Mittwochabend in Zürich bekanntgeben.

In dem Schauspiel nach europäischem Recht bleibt den Schweizer Sozialpartnern und der Geschäftsleitung von Alstom Schweiz momentan nichts anderes übrig, als die Rolle der Zaungäste zu übernehmen. Vorrang hat das europäische Konsultationsverfahren.

ANZEIGE

